

Niederschrift

8. öffentliche Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 11.07.2023
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:34 Uhr
Ort, Raum:	Schloss Langenselbold, Schloßpark 3, 63505 Langenselbold, Großer Saal, 1. Stock

Anwesend

Vorsitz

Stefan Bollé

Mitglied

Thomas Egel

Werner Fromm

Florian Gibbe

Niels Hofacker

Christof Sack

Oliver Schmidt

Peter Volk

Prinz John Philipp von Isenburg

Vertretung für: Andreas
Clement

Vertretung für: Johannes
Volz

Vertretung für: Ralf
Hesseling

Schriftführung

Verena Margraf

Magistrat

Timo Greuel

Ute Rosenberger

Roland Sahler

Weitere StaVo-Vorsteher und Stellvertreter

Cornelia Hofacker

Abwesend

Mitglied

Andreas Clement
Ralf Hesseling
Johannes Volz

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Magistrat

Manfred Kapp
Gerhard Mohn
Benjamin Schaaf
Norbert Schwindt
Barbara Egel-Sahler

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Herr Dipl. -Forstwirt Bertram, Forstwissenschaftler, Verfasser des Waldgutachtens

Stellv. Forstamtsleiterin Frau Brill, Hessen-Forst Hanau-Wolfgang

Herr Brandenburg, Bereichsleitung Produktion, Hessen-Forst Hanau-Wolfgang

Herr Rittershaus, Produktionsleiter des Forstamtes Nidda, ehemaliger langjähriger Revierförster bei der Stadt Langenselbold

Herr Wissel, städtischer Biologe der Stadt Langenselbold

Frau Kühr, Mitarbeiterin des Amtes 60 der Stadt Langenselbold

Als Pressevertreterin:

Frau Goldstein, Gelnhäuser Neue Zeitung

Tagesordnung

- | | | |
|---|---|---------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Waldgutachten 2023 | 23/0099 |
| 3 | Resolution Landwirtschaft
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2020 - | 20/0182 |
| 4 | Verschiedenes | |

Protokoll

Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung

Die Mitglieder des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses sind durch Einladung vom 26.06.2023 auf Dienstag, den 11.07.2023, 19.30 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung sind öffentlich bekannt gemacht.

Der Vorsitzende des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwände nicht erhoben werden.

Der Ausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig

Der Vorsitzende lässt über das Rederecht von Herrn Martin Bertram, Forstwissenschaftler Dipl. Forstwirt und Verfasser des in dieser Ausschusssitzung vorgestellten Waldgutachtens abstimmen. Ebenfalls lässt er über das Rederecht der Vertreter von HessenForst, Frau Brill, stellv. Forstamtsleiterin von HessenForst, Hanau-Wolfgang, Herrn Brandenburg, Bereichsleitung Produktion, sowie Herrn Rittershauß, langjähriger Förster der Stadt Langenselbold und nun Produktionsleiter des Forstamtes Nidda abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

2 Waldgutachten 2023

23/0099

zur Kenntnis
genommen

Der Ausschussvorsitzende Stefan Bollé führt kurz in die Thematik ein und übergibt anschließend das Wort an Herrn Bertram.

Herr Bertram präsentiert ausführlich das beauftragte Waldgutachten.

Im Nachgang konnten seitens der Ausschussmitglieder Fragen gestellt werden.

Anschließend erhält Herr Brandenburg, HessenForst das Wort und legt anhand einer kurzen Präsentation die Sichtweise von HessenForst dar, angelehnt an das vorab vorgestellte Waldgutachten. Der PBUA nimmt das Waldgutachten und die im Nachgang erörterten Sichtpunkte zur Kenntnis.

Die Präsentationen von Herrn Bertram und von HessenForst werden dem Protokoll beigelegt.

Nach TOP 2 wurde seitens des Ausschussvorsitzenden eine Pause einberufen, um die geladenen Personen von HessenForst und Herrn Bertram zu verabschieden.

Die Pause dauerte von 21:06 Uhr – 21:21 Uhr.

3 Resolution Landwirtschaft

20/0182

- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2020 -

geändert beschlossen

Der Ausschussvorsitzende Herr Bollé erläutert, dass im vergangenen PBUA besprochen wurde, die Resolution weiter zu verfolgen. Aufgrund der bereits vergangenen Zeitspanne sollte diese jedoch in den jeweiligen Fraktionen erneut besprochen werden.

In der Sitzung wurde von Herrn Bollé ein geänderter Antrag von SPD und B90/Grüne eingebracht. Dazu wiederum gab es einen Anpassungsvorschlag der CDU.

Die Ausschussmitglieder einigten sich während der Sitzung auf kleine Anpassungen des von SPD und B90/Grüne eingebrachten Änderungsantragsantrags. ***Dieser soll dann als gemeinschaftlicher Änderungsantrag aller Fraktionen in der kommenden Stadtverordnetenversammlung am 17.07.2023 eingebracht werden, in der empfohlen wird, den beratenen und einstimmig beschlossenen Änderungsantrag zu beschließen.***

Der Entwurf für den gemeinschaftlichen Antrag ist dem Protokoll angefügt.

Ursprünglicher Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der nachfolgende Resolutionstext wird in der vorliegenden Form beschlossen.
2. Die Resolution ist durch den Magistrat der Stadt Langenselbold an nachfolgende Adressaten zu richten: Kreisausschuss des Main-Kinzig-Kreis, Landesregierung des Bundesland Hessen, Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland, Europäische Kommission der Europäischen Union.

Resolution Landwirtschaft

1) Mehr Respekt, Anerkennung und Wertschätzung für die deutsche Landwirtschaft

Die deutsche Landwirtschaft ist systemrelevant und fordert zu Recht mehr gesellschaftliche Anerkennung für ihre umfangreiche tägliche Arbeit. Die Themengebiete Landwirtschaft und gesunde Ernährung sollten deshalb zukünftig bereits in der Schulausbildung mehr Raum einnehmen. Ziel ist es in der Schule ein realistisches Bild vom vielfältigen und fordernden Berufsalltag eines Landwirts und deren Rolle für die Gesellschaft zu vermitteln. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold erkennt die Anstrengungen und Leistungen unserer Landwirte in den Bereichen Nahrungsmittelversorgung, Umweltschutz und dem Erhalt unserer Kulturlandschaft für unsere Gesellschaft an und würdigt diese ausdrücklich.

2) Qualität zum angemessenen Preis

Unsere in Deutschland produzierten Lebensmittel wie Fleisch, Milch, Käse und Getreide haben einen hohen Qualitätsstandard und dürfen keine teuren Luxusprodukte werden. Es gilt in einem fairen marktwirtschaftlichen Umfeld industrielle Großbetriebe, mittelständische Unternehmen und lokale Kleinbetriebe nicht gegeneinander auszuspielen und unter

Preisdruck zu setzen. Zum Schutz des Wettbewerbes vor Kartellbildungen ist eine verstärkte Kontrolle der marktbeherrschenden Lebensmittelkonzerne durchzuführen. Es gilt unsere deutsche kleinstrukturierte Landwirtschaft im Haupt- und Nebenerwerb zu erhalten und vor der Marktmacht der Agrar- und Lebensmittelkonzerne nach Kräften zu schützen. Aus diesem Grund ist die wachsende Zahl an internationalen Freihandels- und Konklusionsabkommen (wie etwa Mercosur) zu kritisieren, da sie zu einer wachsenden Konkurrenz aus dem Ausland und einem Ressourcen intensiven internationalen Lebensmittel-Discount-Preiskampf führen.

3) Fairerer Wettbewerb und klare Strukturen

Seitens der EU ist auf einheitliche Förderrichtlinien für den Agrar-Sektor hinzuwirken, um eine Wettbewerbsverzerrung im EU-Binnenmarkt zu verhindern. Die Entbürokratisierung und insbesondere die Entbürokratisierung des Vergabeverfahrens von staatlichen Landwirtschaftshilfen ist dringend geboten. Ziel muss es sein die Verfahren zu vereinfachen, die Auszahlungen (z.B. die Dürrehilfe) zu beschleunigen oder unbürokratische Alternativen wie höhere Steuerfreibeträge für Gewinne aus landwirtschaftlicher Tätigkeit durchzusetzen. Leider verbringen bereits heute „moderne“ Landwirte mehr Zeit mit der Bürokratiebewältigung als bei der Arbeit auf dem Feld oder im Stall.

4) Agrar-Reform nur mit Sinn und Verstand

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold steht hinter einer Agrar-Reform, die eine Verbesserung für Gesellschaft, Landwirte, Nutztiere und die Umwelt mit sich bringt. Aus diesem Grund fordern wir politische Entscheidungen und langfristige Reformen mit Planungssicherheit für die Landwirtschaft auf Basis von realistischen und empirisch nachvollziehbaren Daten zu treffen. Die beschlossene Reform der Düngeverordnung ist zu stoppen und auf eine faktische Grundlage zu stellen.

5) Zielorientierte Politik für Landwirte

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold fordert eine Landwirtschaftspolitik mit klaren Perspektiven, Projekten und einer langfristigen Planbarkeit für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Ziel ist es den landwirtschaftlichen Betrieben eine Chance zu eröffnen, den unaufhaltsamen Strukturwandel in der Landwirtschaft aktiv und betriebsverträglich gestalten zu können. Die gemeinsamen Beratungen und Fachgespräche zwischen den staatlichen Institutionen und den Vertretern der landwirtschaftlichen Interessensgruppen (wie etwa dem Bauernverband oder LSV) sind zielorientiert, konstruktiv und auf Augenhöhe zu führen. Die Verteilung einer „Bauern-Milliarde“ oder anderer Finanzhilfen nach dem Gießkannen-Prinzip sind keine Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft. Dabei stellt die Modernisierung der Landtechnik einen in den kommenden Jahren besonders förderungswürdigen Teilbereich da, um stetig effizient sowie umwelt- und bodenschonend wirtschaften zu können.

6) Schutz von klein und mittelständischen Betrieben

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold stellt fest, dass die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb in den letzten Jahrzehnten in Deutschland massiv gesunken ist, während die Anzahl an Einwohnern der Bundesrepublik kontinuierlich gestiegen ist und noch weiter steigen wird. Ein deutscher Landwirt muss heute bereits deutlich mehr Menschen versorgen als noch vor 50 Jahren und das bei stetig zunehmender Bodenversiegelung, dem Entzug von landwirtschaftlicher Nutzfläche (wie z.B. durch die Erweiterung der Gewässerrandstreifen), wachsenden bürokratischen Auflagen und Kostendruck. Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft muss deshalb auch bedeuten, dass

bestehende Betriebe und deren benötigte Infrastruktur (wie etwa nahegelegene Schlachthöfe oder Mühlen) erhalten bleiben und der Entzug von Ackerflächen oder deren Nutzungseinschränkung finanziell ausgeglichen werden muss. Die betrieblich genutzten Flächen sollten bereits aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen in Betriebsnähe liegen.

7) Klare Worte und klare Linie

Abschließend sind Politik und Landwirtschaft dazu aufgefordert eine Debatte darüber zu führen, was man eigentlich unter „Mehr Respekt für die Landwirtschaft versteht“. Die vergangenen Monate haben verdeutlicht, dass Politik und Landwirtschaft unterschiedliche Auffassungen davon haben was man unter „Mehr Respekt“ versteht und wie man diesen Respekt zum Ausdruck bringt.

Anlage 1 Landwirtschaftsresolution_Gemeinsamer Antrag

4 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Fragen vor.

Der Ausschussvorsitzenden Stefan Bollé schließt die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses um 21.34 Uhr und bedankt sich bei den Anwesenden für Ihre Teilnahme.

Vorsitz:

Schriftführung:

Stefan Bollé

Verena Margraf